no quid detrimenti ... (Lebhafter Beifall.) — Ministerpräsident Graf Bülow: Bevor ich dem Herrn Kultusminister das Wort lasse zu tatsächlichen Feststellungen, will ich meinem tiefsten Bedauern Ausdruck geben über die Art und Weise, wie durch den Erlaß des Bischofs von Trier der konfessionelle Friede gefährdet worden ist, den zu wahren die Staatsregierung ehrlich bestrebt ist. Der Vorstoß des Bischofs Korum sei durchaus unerwartet gekommen, ohne daß er vorher bei der Regierung Abstellung von Mißständen verlangt hätte. Auch in diesem Hause sei irgendeine Beschwerde nicht laut geworden. Die betreffenden Etattitel seien anstandslos genehmigt worden. Das Vorgehen des Bischofs sei um so auffälliger, als es seine Pflicht sei, Gerechtigkeit gegen die Anhänger beider Konfessionen zu üben. Der konfessionelle Zwist nötige uns, uns in einander zu schicken. Das sei nur möglich, wenn man praktisch einen modus vivendi suche. Die Prinzipien seien unversöhnliche und müßten und sollten auf geistigem Gebiete mit geistigen Waffen ausgefochten werden; aber in praxi müßten wir trachten, miteinander auszukommen. Wenn jeder so handeln wollte, wie der Bischof von Trier, so würden wir uns morgen wieder mitten im Kulturkampfe befinden. (Unruhe im Zentrum.) Wir können in Preußen nicht so regieren, als ob es nur Protestanten bei uns gäbe; aber auch nicht so, als ob es nur von Katholiken bewohnt wäre; wir müssen Gerechtigkeit üben von seiten des Staates; aber auch die einzelnen Konfessionen müßten die Rechte der anderen achten, ebenso die Rechte und Würde des Staates. Das habe leider der Bischof von Trier außer acht gelassen, zumal als er eine so ungewöhnliche und schroffe Form wählte. Aus dem Kulturkampfe sind ja noch einige Incongruenzen unausgeglichen geblieben; es war uns aber unbekannt, daß diese in so weitem Maße noch vorhanden seien. So weit es möglich sei, liege es im Interesse und in der Pflicht des Staates, diese Incongruenzen zu beseitigen. Vor allem aber müssen wir verlangen, daß der Herr Bischof von Trier seinen Erlaß rückgängig macht. (Bravo.) Er habe uns leider die Möglichkeit genommen die Angelegenheit direkt mit ihm zu erörtern, da er nach Rom abgereist sei. Unser Gesandter dort sei deshalb von ihm angewiesen, die Aufmerksamkeit der Kurie auf den bedauerlichen Zwischenfall zu lenken. Er könne nur hoffen, daß dieser Zwischenfall ohne, die Beziehungen zwischen Staat und Kirche störende und die Allgemeinheit schädigende Folgen bleiben werde. (Lebhafter Beifall.) — Minister Studt geht auf die die Trierer Schulverhältnisse behandelnde Broschüre des Bischofs Korum ein, deren Beschwerden unbegründet seien. Der Bischof habe auch nicht einmal den Versuch gemacht, bei ihm Abstellung seiner Beschwerden zu erreichen. Er habe den Streit einfach vom Zaune gebrochen. Die Unterrichtsverwaltung könne nicht zugestehen, daß die paritätischen Schulen eine Gefährdung der Konfession mit sich brächten. An der paritätischen höheren Mädchenschule in Trier seien 11 katholische und 8 evangelische Lehrkräfte tätig. Allerdings würde der Unterricht in den höheren Klassen fast ausschließlich von evangelischen erteilt; dagegen habe er aber schon vor längerer Zeit Maßregeln getroffen. Die Behandlung Homers in der Schule, besonders der Begegnung des Odysseus mit Nausikaa, sei durchaus einwandfrei, wie aus einem über dieses Thema angefertigten Aufsatz hervorgehe, den er auf den Tisch des Hauses lege. Die Trierer Schule erfülle ihre Aufgabe unter geschickter Leitung in zufriedenstellender Weise, und Katholiken und Evangelische arbeiteten friedlich zusammen. Die Unterrichtsverwaltung werde dem ihr aufgezwungenen Kampfe mit Ruhe entgegensehen, und sie werde sich ihrer Pflicht und ihrer Aufgabe, die Rechte des Staates und den konfessionellen Frieden zu wahren, stets bewußt bleiben. — Abg. Dittrich (Zentr.): Seine Freunde hätten die Trierer Schulverhältnisse in diesem Hause nicht besprechen können, weil sie nicht gewußt hätten, zu welchem Etattitel das Trierer Mädchen-Seminar gehöre. (Heiterkeit.) Von einem besonderen Kampfe um die Schule, der etwa jetzt begonnen werden solle, sei ihm nichts bekannt; allerdings bestehe ein Kampf um die Schule, aber nicht um die Herrschaft der Schule, sondern um den Geist in der Schule. (Heiterkeit.) Er habe den Eindruck, als ob die Interpellation die Angelegenheit außerordentlich aufbausche. Der Kanzel-Erlaß enthalte nicht die Androhung kirchlicher Zuchtmittel, sondern er teile nur die Voraussetzungen und Bedingungen mit, für die gültige Erteilung des Sakraments für die Absolution. (Heiterkeit.) Warum die Trierer Geistlichkeit diese auffällige Form der Publikation gewählt habe, wisse er nicht, aber jedenfalls sei der Kanzelerlaß nur eine ungewöhnliche Belehrung der Katholiken. (Heiterkeit.) Wer die Regierung auffordere, hier einzugreifen, der verlange einfach den Kulturkampf und versündige sich am Vaterlande. Die Katholiken bekämpften nicht die staatlichen, sondern die paritätischen Schulen (Heiterkeit), weil in den konfessionslosen Schulen das wesentlichste Erziehungsmoment, das religiöse, fehle. Bei der Forderung konfessioneller Schulen befänden sich seine Freunde in Uebereinstimmung mit den Konservativen, mit der Verfassung, mit der ganzen Schulpraxis seit 100 Jahren. Redner hoffe, daß die ganze Angelegenheit zum befriedigenden Abschluß kommen werde. Abg. Dr. Friedberg (nat.-lib.) war mit der Erklärung des Ministerpräsidenten im allgemeinen einverstanden, weniger einverstanden aber mit der Einleitung von Verhandlungen mit der Kurie in Rom. Bei solchen Verhandlungen sei der Staat bisher immer übervorteilt worden. Das Schulwesen in Preußen sei staatlich und die Regierung dürfe sich von dem, was sie erreicht, nichts nehmen lassen. Für einen konfessionellen Frieden im Sinne Korums dankten seine Freunde. Abg. Graf Limburg (kons.) verlas eine Erklärung des Inhalts, daß die Konservativen sich in innere Angelegenheiten der katholischen Kirche nicht einmischen wollten, daß sie jedoch anderer Ansicht seien, wenn es sich um die Gefährdung anderer staatlicher Einrichtungen handle. In diesem Sinne bedauerten sie das Vorgehen des Bischofs Korum; sie würden es für angebracht gehalten haben, wenn der Bischof mit seinen Beschwerden sich zunächst an den Minister gewandt hätte. Seine Freunde hielten grundsätzlich an dem Prinzip der konfessionellen Schule fest; aber sie seien der Ansicht, daß die höheren Schulen nicht auf gleiche Stufe mit jenen gestellt werden dürfen. Von diesem Standpunkte aus bedauerten sie die Vorgänge in Trier und erwarteten von der Regierung, daß diese eine Zurücknahme oder angemessene Aenderung der Verfügung des Bischofs herbeiführen werde, durch die den staatlichen Interessen Gerechtigkeit werde. — Abg. Freiherr v. Zedlitz (freikons.) kennzeichnet den Erlaß des Bischofs als eine Provokation der schlimmsten Art und hofft, daß die Regierung mit aller Energie und mit voller Kraft sich dem unqualifizierbaren Vorgehen des Bischofs widersetzen werde. — Abg. Müller-Sagan (freis. Volksp.): Seine Freunde seien gegen jede Verschärfung der Gegensätze im öffentlichen Leben. Sie würden es tief bedauern, wenn zu den wirtschaftlichen und Klassengegensätzen jetzt auch noch konfessionelle kämen. Sie erwarteten aber von der Regierung, daß sie den konfessionellen Frieden in Trier wiederherstelle unter voller Wahrung der Rechte des Staates. — Abg. Barth (freis. Vereinig.): Das Vorgehen Korums sei eine Provokation der schwersten Art. Wenn die Regierung der katholischen Kirche gegenüber nicht eine Politik der Schwäche verfolge, dann hätte der Bischof niemals gewagt, ihr einen solchen Schlag ins Gesicht mit dieser „ungewöhnlichen Belehrung" zu versetzen. Für je schwächer die Kurie einen Staat halte, desto provozierender verhalte sie sich. Der preußische Staat sei gegenüber der Kurie schwächer, als irgend ein anderer Staat. Kein französischer Bischof würde Aehnliches wie Korum gewagt haben. Das empfinde man im Volke sehr genau. Heute werde dem Katholizismus so weit entgegengekommen, daß nicht mehr von Parität, sondern nur noch von schlimmster Imparität die Rede sein könne. Es sei endlich an der Zeit, dieser Tatsache Ausdruck zu verleihen. Heute suche man förmlich mit der Laterne nach katholischen Professoren, die, wenn sie nur einigermaßen geeignet seien, berufen würden. Es müsse endlich einmal gegen die Zurücksetzung der Protestanten Einspruch erhoben werden. — Abg. Nören (Zentr.) behauptet als Vertreter Triers, nicht die dortige Pfarrgeistlichkeit habe den Streit vom Zaune gebrochen, sondern nur die Regierung trage die Schuld daran. (Große Heiterkeit.) Die Katholiken wollten den Frieden, aber nur auf grund voller Parität; die Kirche wolle nicht die Herrschaft über die Schule, sondern ihren Anteil, damit sie ihre Aufgabe auf dem Gebiete der Jugenderziehung erfüllen könne. Seine Freunde hielten an dem Prinzip der konfessionellen Schule fest, besonders, wenn es sich um Schulen handle, die auch Erziehungszwecke zu erfüllen hätten. Die Verhältnisse in Trier seien derartig, daß sich jedes Wort der Verteidigung Korums und der Trierer Pfarrgeistlichkeit erübrige. Schon die Gründung der paritätischen Schule sei eine Verletzung der Parität gegen die zu neun Zehntel katholische Bevölkerung Triers. Dasselbe gelte von der Gründung des paritätischen Lehrerinnenseminars, das außer einem in Posen bestehenden das einzige paritätische Lehrerinnenseminar in ganz Preußen sei. Er glaube nicht fehl zu gehen in der Annahme, daß unter ähnlichen Verhältnissen der ganze Episkopat ebenso gehandelt haben würde wie Bischof Korum. Ministerpräsident Graf Bülow stellt fest, daß die Schuld an dem akuten Konflikt in Trier nach seinem pflichtmäßigen Ermessen allein den Bischof Korum treffe, der verpflichtet gewesen wäre, den Weg der Verständigung mit ihm zu betreten. Als Mann des Friedens wolle er nicht annehmen, daß der Erlaß des Bischofs ein Wetterleuchten vor dem Sturme, sondern ein solches nach dem Sturm des Kulturkampfes sei. Sollte aber Sturm kommen, so trage nicht die Regierung die Schuld. Er denke wie Fürst Bismarck, daß man eine auswärtige Macht zu Hilfe rufen dürfe, wenn es Deutschland nützlich sei. Deshalb habe er es nicht nur für sein Recht, sondern für seine Pflicht gehalten, sich an die Kurie zu wenden. Er bedauere das Vorgehen Korums auch vom katholischen Standpunkte aus. Gerade bei uns müsse man in konfessionellen Fragen mit vorsichtiger staatsmännischer Hand eingreifen. Für ihn seien Konflikte keine Sportsachen. Er suche Konflikte nicht, schon im Interesse unserer Aktionsfreiheit gegenüber dem Auslande; aber der Ausfechtung notwendiger Konflikte werde er sich nicht entziehen. Gegenüber dem Abgeordneten Dr. Barth erkläre er, daß das Abkommen über die Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät in Straßburg zu dem Guten gehöre, das beide Teile befriedige. Es sei nur von den elsässischen Protestlern bekämpft worden und deren ausländischen Hintermännern. Er hätte nicht erwartet, daß sich Barth diesem anschließen werde. Wenn man ihm vorwerfe, er stehe unter der Herrschaft des Zentrums, so mache dies ihm ebenso wenig Eindruck, als wenn man ihm Abhängigkeit von den Agrariern nachsage oder behaupte, er habe das Kloettgesetz dem Abg. Barth zu liebe vorgeschlagen. In Wahrheit habe er sich keiner Partei verschrieben. Die Regierung stehe nach wie vor auf dem Boden des modus vivendi, den Fürst Bismarck mit dem gegenwärtigen Papst vereinbart habe. Sie wolle selbst den Frieden, verlange aber auch von der anderen Seite Wahrung des Friedens. Gegenüber der Intoleranz gebe es keine Toleranz (Bravo.) — Minister Studt wandte sich gegen die Ausführungen des Abg. Nören. Die Errichtung der paritätischen Schule in Trier sei von der dortigen städtischen Behörde seinerzeit einstimmig gewünscht worden. Die Besprechung wurde hierauf geschlossen. — Persönlich erklärte Dr. Barth für unpassend, wenn der Ministerpräsident ihn bei seinem Urteile über die katholische Fakultät in Straßburg auf eine Stufe mit auswärtigen Feinden und Protestlern gestellt habe. — Ministerpräsident Graf Bülow: Ich habe natürlich nicht sagen wollen, daß Barth von denselben Motiven wie jene getrieben sei. — Schluß der Sitzung 5½ Uhr. — Morgen Bauetat.

Köln. (Priv.-Tel.) Zu dem letzten großen Präsidentenwechsel in verschiedenen Regierungsbezirken Preußens erfährt der „Frankfurter Generalanzeiger", daß den meisten der in Frage kommenden Herren die Versetzung durchaus unerwartet kam, so daß die Regierungspräsidenten von Hannover und Hildesheim erst am Freitag nachmittag durch einen Brief Kenntnis von ihrer Versetzung erhielten. Gleichzeitig brachte die „Nordd. Allgem. Ztg." die Mitteilung davon, die dann durch das Wolffsche Telegraphenbureau weiter verbreitet wurde. Demselben Blatte zufolge hat der Präsident der Eisenbahndirektion Hannover sein Abschiedsgesuch eingereicht. Es wird ferner bestätigt, daß mehrere Chefs von Eisenbahndirektionsbezirken ihre Entlassung nachgesucht haben. Der Grund hierfür soll in der vom Ministerium eingesetzten Ueberwachungskommission zu suchen sein, die unangemeldet in den Direktionsbezirken erscheinen soll, um Mißstände abzustellen.

Karlsruhe. (Priv.-Tel.) Bei einem Pistolenduell zwischen dem polnischen Studierenden Schwarz aus Radowitz und dem Studenten Goldberg wurde letzterem das Rückgrat durchschossen. Schwarz flüchtete.

Wien. (Priv.-Tel.) Der Kaiser ist heute nachmittag nach Budapest abgereist.

Paris. In der hiesigen bayerischen Gesandtschaft ist ein Diebstahl verübt worden, der zweifellos dem seit gestern verschwundenen Privatdiener des Geschäftsträgers, Freiherrn von Guttenberg, einem Schweizer, namens Schmietz, welcher demnächst den Dienst verlassen sollte, zur Last fällt. Gestohlen wurden 5300 Francs Privatgelder und 200 Francs für Unterstützungszwecke bereitliegende Gelder, dagegen keinerlei Wertpapiere oder Schriftstücke.

Paris. (Priv.-Tel.) Die Figig-Oase, die sich selbst gänzlich für unabhängig gehalten hat, von Marokko aber als marokkanisches Gebiet beansprucht wurde, hat sich unter französischen Schutz gestellt.

Rom. (Priv.-Tel.) Prinetti hat gestern zum erstenmal eine Ausfahrt gemacht. Nach einem Erholungsaufenthalte bei Neapel wird er die Geschäfte wieder übernehmen.

London. (Priv.-Tel.) Unterhaus. Gibson Bowles fragt, ob der Regierung bekannt sei, daß infolge der Verminderung der Flotten Chiles und Argentiniens zwei kürzlich in England vom Stapel gelassene Schlachtschiffe erster Klasse jetzt zum Verkaufe stehen und ob die Regierung in Betracht gezogen habe, welche Aenderung in dem starken Verhältnis der fremden Flotten zu der englischen sich ergeben würde, wenn diese Schiffe von einer fremden Macht erworben würden. Premierminister Balfour erwidert, der Hauptpunkt der Anfrage sei von der Admiralität sorgsam erwogen worden. Die Admiralität sei zu dem Schlusse gekommen, daß die Schiffe für Englands Zwecke nicht passend seien und daß es deshalb nicht ratsam sei, sie anzukaufen. Gilke fragt, ob die Regierung beabsichtige, Schritte zu tun, um ein gemeinsames Vorgehen der Unterzeichner der Berliner Generalakte zur Einschränkung der Mißbräuche herbeizuführen, die unter der Herrschaft des Kongostaates entstanden seien. Unterstaatssekretär des Aeußeren Cranborne erwidert, die Regierung beabsichtige nicht, einen solchen Schritt zu tun.

London. (Priv.-Tel.) Die „Times" gibt Petersburger Gerüchten Raum, wonach in China ein neuer Aufstand gegen die Ausländer bevorstehe. Die gegenwärtigen Rüstungen Rußlands werden mit schlechten Aussichten im fernen Osten in Zusammenhang gebracht. — Einer Shanghaier Meldung der „Daily Mail" zufolge wurden Hunderte von Kisten mit Gewehren und großen Munitionsvorräten in chinesischen Magazinen unweit Shanghais von den Behörden beschlagnahmt.

Petersburg. (Priv.-Tel.) In Korea wurden durch Ueberschwemmungen und Feuersnot nicht weniger als 4000 Häuser zum Einsturz gebracht, wobei, soweit bis jetzt geschätzt wird, 186 Menschen ums Leben kamen.

Sofia. (Priv.-Tel.) Die russische Regierung hat hier die Absicht mitteilen lassen, zur besseren Kontrolle des makedonischen Reformwerkes im Zentrum des kritischen Gebiets und zwar entweder in Köprueluc oder in Istip ein neues Konsulat zu errichten.

Newyork. (Priv.-Tel.) In Ogdon wurde ein Komplott entdeckt. Die Schülerinnen der höheren Mädchenschule hatten beabsichtigt, mehrere Lehrererinnen zu vergiften und die Schule in Brand zu stecken. Es wurde angeblich eine solche Menge von Gift vorgefunden, welche genügt hätte, um 1000 Personen umzubringen.

New-York. (Priv.-Tel.) Hier eingetroffene transatlantische Dampfer melden, daß sie während ihrer Fahrt hohe See und heftige Stürme mit Schnee zu bestehen hatten.

Queenstown. (Priv.-Tel.) Der gestern abend von Boston hier eingetroffene Dampfer der Dominionlinie, „Merion", stieß bei der Weiterfahrt nach Liverpool am Ausgange des hiesigen Hafens auf Grund. Die Flottmachung ist nicht vor heute abend zu erwarten. An Bord befinden sich 25 Kajütt- und 73 Zwischendeckpassagiere.

Berlin. (Priv.-Tel.) Börse. Nach den vorgestrigen Kursrückgängen machte sich heute einiger Deckungsbegehr geltend, wodurch die Tendenz zu Beginn des Verkehrs auf Festigkeit gestimmt wurde, zumal die auswärtigen Börsenplätze, in erster Linie Wien, eine günstige Haltung gemeldet hatten. Später wurde bei unverändert stillem Geschäft die Aufwärtsbewegung allgemeiner auf Grund des Berichts über die Aufsichtsratssitzung der Hibernia-Gesellschaft, der besonders wegen der Aeußerungen über die Aussichten der Industrie einige Anregung gab. Kohlenaktien zogen scharf an. Hibernia gewann 2 Prozent. Auch Hüttenwerte waren in zweiter Stunde behauptet, nachdem Bochumer und Dortmunder etwas schwächer begonnen hatten. Von Bankaktien stiegen nur Kreditaktien erheblich. Am Markte für Transportwerte waren österreichische Bahnaktien ebenfalls fest, ferner Kanada und Schiffahrtsaktien, während italienische Werte einem starken Drucke unterlagen. Anatolier gingen wieder unter den Paristand zurück. Fremde Renten fest. Heimische Anleihen im Ultimoverkehr niedriger. Privatdiskont 2 Prozent. — Getreidemarkt. Trotz schwächerer Schlußmeldungen von den Getreidebörsen Nordamerikas behauptete Weizen seine Preise, da auch Oesterreich-Ungarn fest lag, die Preise für amerikanisches Produkt höher gehalten wurden, und der Artikel vom Inlande weniger stark offeriert war als Roggen; letzterer war infolge bedeutender Ankünfte und weiter nachgiebiger Offerten aus Rußland, die zu verschiedenen Abschlüssen führten, 0,50 bis 0,75 Mark billiger zu haben. Die Kanalliste weist ferner umfangreiche Zufuhren auf; die Käufer haben sich dadurch zu gesteigerter Zurückhaltung veranlaßt, und der Verkehr blieb sehr still. Das Ergebnis der deutigen Bestandaufnahme hatte keinen Einfluß auf die Marktlage. Der Absatz in Mehl war schleppend, Lieferungen verkehrten in schwacher Haltung. Am Futtermarkte blieben Lieferungen fast ganz unbelebt. Im Lokohandel war Hafer und Mais recht schwach; letzterer 2—3 Mark billiger angeboten. Rüböl behauptete die an gestriger Nachbörse erzielten Preisnormen. Spiritus kam nicht zur Notiz. — Wetter: Schön, Südostwind.

Frankfurt a. M. (Schluß.) Kredit 217,—, Disconto 196,20, Deutsche Bank 149,30, Staatsbahn 148,70, Lombarden 15,30, Gotthardbahn 217,75, Ungar. Gold —,—, Gotthardbahn —,—, Fest.

Amsterdam. Getreidemarkt. Weizen per März —,—, per Mai —,—, Getreidemarkt. Roggen per März —,—, per Mai —,—.

London. (Produktenbericht.) Getreidemarkt ruhig, Gerste ruhig, Mais ¼ Cent niedriger. — Wetter: Regen.

Oertliches und Sächsisches.

— Gestern vormittag von ½11 Uhr ab empfing Se. Majestät der König die Herren Staatsminister und den Königl. Kabinettssekretär zu Vorträgen. Zur Mittagstafel waren der kommandierende General des 19. Armeekorps v. Treitschke und Graf Friedrich Braschma mit Einladungen beehrt worden.

— Ihre Majestät die Königin-Witwe hat gestern früh 7 Uhr 28 Minuten in Begleitung der Hofdame Gräfin Reutlner von Weyl und des Oberhofmeisters, Wirkl. Geh. Rats von Malortie, die Reise nach Brüssel angetreten. Sie weilte nachmittags zu dem bereits erwähnten Besuche bei der Kaiserin in Berlin und setzte abends 11 Uhr von dort mit dem Nord-Expreßzug die Reise nach Brüssel fort.

— Der kommandierende General Se. Königl. Hoheit der Kronprinz wohnte gestern der Rekrutenbesichtigung des 1. Bataillons des 1. Leib-Grenadier-Regiments in der Exerzierhalle des Regiments bei. Morgen, Mittwoch, beabsichtigt der Kronprinz der Rekrutenbesichtigung des 3. Bataillons des 2. Grenadier-Regiments Nr. 101 in der Exerzierhalle beizuwohnen.

— Den Oberbriefträgern Rolle in Leipzig-Lindenau und Busch in Leipzig, dem Briefträger Petzold in Leisnig und dem Markthelfer und Kassenboten Canitz in Schönefeld ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

— Vorgestern früh ist hier der Geh. Oberbaurat und Oberlandbaumeister a. D. Herr Karl Adolph Canzler gestorben. Ein an Erfolgen reiches Leben hat seinen Abschluß gefunden. Der Entschlafene wurde 1818 am 29. September in Bautzen geboren. Vom Jahre 1844 an hat er dem Staate, zuerst als Landbaukondukteur, seit 1862 als Landbaumeister gedient; vom 1. Januar 1880 an wurde ihm die Stelle des Oberlandbaumeisters im Königreich Sachsen übertragen, und seit dem Jahre 1883 ist er als Baurat, später als Oberbaurat und hierauf als Geh. Oberbaurat dem Finanzministerium für die Hochbaugeschäfte beigegeben gewesen, bis ihn die Beschwerden des zunehmenden Alters nötigten, am 1. Juli 1892 in den Ruhestand zu treten. Zahlreiche Staatsbauten zeugen von seiner hervorragenden Tätigkeit im Dienste des Staates. Das hiesige Neustädter Gymnasium und besonders die Werke der späteren Zeit seiner dienstlichen Tätigkeit, das Landgerichtsgebäude auf der Pillnitzer Straße und das Albertinum in Dresden, welch letzteres durch einen sehr schwierigen Umbau aus dem alten Zeughause hergestellt worden ist, werden das Andenken an ihn lebendig erhalten. An der Weiterbildung der staatlichen Hochbauverwaltung, seit dem Ende der 70er Jahre, als mit dem Aufschwunge des Landes und der Technik neuere und immer umfänglichere Aufgaben an die Hochbauverwaltung herantraten, hat er erfolgreichen Anteil gehabt. Der treuverdiente Beamte erfreute sich wegen seiner großen Liebenswürdigkeit in den weitesten Kreisen allgemeiner Wertschätzung und Hochachtung. Die Beerdigung findet Mittwoch vormittag ½12 Uhr von der Halle des Trinitatisfriedhofes aus statt.

— Für die Ersatzwahl im 12. ländlichen Landtagswahlkreise an Stelle des aus dem Leben geschiedenen bisherigen Abgeordneten Frenzel-Wehlen ist in der Person des Herrn Mühlenbesitzers Kurt Schinke in Cunnersdorf ein dritter Kandidat aufgestellt worden.

— Der Nationalliberale Verein in Plauen i. V. hielt am 27. v. M. seine Generalversammlung ab, in deren Verlaufe als Kandidat für die bevorstehende Landtagswahl Herr Stadtrat Flößner in Plauen gewählt wurde. Die Konservativen in Plauen haben sich mit dieser Kandidatur vollständig einverstanden erklärt, und es hat Herr Flößner die Kandidatur angenommen.

— Am Sonntag fand in Wurzen eine Versammlung der Vertrauensmänner des 11. sächsischen Reichstagswahlkreises statt, die von rund 120 Herren aus Stadt und Land besucht war. In dieser Versammlung wurde einstimmig beschlossen, den bisherigen Vertreter des Kreises, Stadtgutsbesitzer Hauffe-Dahlen, als Kandidaten für die bevorstehende Reichstagswahl wieder aufzustellen. Der Kandidat, der sich durch seine bisherige Tätigkeit im Reichstage die volle Achtung und das Vertrauen des Wahlkreises erworben hat, erklärte sich zur Annahme der Kandidatur bereit. Der 11. Wahlkreis ist einer von denjenigen, die nach verhältnismäßig am sichersten sind, und so dürfte die Wiederwahl des bewährten Vertreters gesichert sein.

— Auch vom sächsischen Justizministerium sind neuerdings die Vorschriften über den Transport von Gefangenen abgeändert worden. Die diesbezügliche Verordnung bringt das neueste „Justizministerialblatt". Gleichzeitig wird eine Spezialverordnung, die Abnahme eidesstattlicher Versicherungen im Verfahren zur Erhebung der Erbschaftssteuer vom 5. Februar und neben Anderem auch ein Beschluß des Finanzministeriums vom 10. Februar, die Stempelpflichtigkeit einer nach Bestellung einer Hypothek ausgefertigten besonderen Schuldurkunde betreffend, veröffentlicht.

— Vorgestern vormittag 11 Uhr fand in der Aula der Technischen Hochschule die Feier der Rektorats-Uebergabe statt, die durch die Anwesenheit der Herren Staatsminister Dr. v. Seydewitz und Ministerialdirektor Dr. Wäntig ausgezeichnet wurde. Den umfänglichen Jahresbericht erstattete der bisherige Rektor, Herr Geh. Hofrat Prof. Dr. Hempel. Im Namen der Hochschule sprach er der Regierung seinen Dank aus. Persönlich dankte er allen Beamten, insbesondere Herrn Rechnungsrat Kluge und Herrn Sekretär Weißig. Unter lebhaftem Danke für die ihm im Amte gewordene wirksame Unterstützung übergab nunmehr der scheidende dem neugewählten Rektor die goldene Amtskette als Zeichen der neuen Würde. Mit Worten aufrichtigen Dankes an seinen Vorgänger für dessen hingebende Amtsführung leitete Herr Geh. Hofrat Professor Lewicki seine Rede ein, die die Entwickelung des Studienganges an den Technischen Hochschulen, insbesondere an der Dresdner, behandelte. Die Rede schloß mit einem begeisterten Hoch auf Se. Majestät den König, den Beschützer von Kunst und Wissenschaft.

— Auswärtige Blätter melden, daß der hier, Zelleschestraße 22, wohnende bekannte Zahnarzt O. Bryan Dresden am 27. Februar für immer verlassen habe. Von maßgebender Seite sei ihm die Abreise nahegelegt worden. Im Laufe des Ehewirrungsprozesses der früheren Kronprinzessin von Sachsen sollen sich Anhaltspunkte ergeben haben, die es wünschenswert erscheinen ließen, daß Zahnarzt O. Bryan von der hiesigen Bildfläche verschwinde. Wir erfahren hierzu, daß eine Ausweisung seitens der Behörden nicht ausgesprochen worden und die Abreise Dr. O. Bryans bis heute auch noch nicht erfolgt ist. Wohl aber steht der Wegzug des Genannten von hier nahe bevor.

— Von dem 700 Vereine mit 46 000 Mitgliedern zählenden Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verband hielt der Gau Königreich Sachsen am 1. März in Zwickau seinen 6. Gauverbandstag ab. Der Verband wurde 1893 in Hamburg gegründet und zählt in Sachsen über 7000 Mitglieder in etwa 100 Gruppen. Aus allen Teilen Sachsens waren die Vertreter der einzelnen Ortsgruppen erschienen. Den Verhandlungen wohnten u. a. auch der Gründer des gesamten deutschen Verbandes, Herr Irwahn aus Hamburg, und der jetzige Verbandsvorstand Herr Schack aus Hamburg bei. Nach einer bereits am Sonnabend abend stattgefundenen Begrüßungskneipe ging den eigentlichen Verhandlungen eine Sitzung des gesamten Gauvorstandes voraus. Gegen ¼12 Uhr mittags erfolgte sodann im „Deutschen Hause" mit einer längeren Begrüßungsansprache durch den Gauvorsitzenden Fischer-Leipzig die offizielle Eröffnung des Gautages. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde zunächst bekannt gegeben, daß von Prag und Paris je ein Begrüßungsschreiben eingegangen war, letzteres von der Pariser Ortsgruppe des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes. Aus den zum Vortrag gebrachten Berichten der Bezirksvorsteher ging hervor, daß die Bezirke und bez. die einzelnen Gruppen mit mannigfachen Schwierigkeiten zu